

Aus der Stadt Halle

Zu den Sprengkollanten.

Einbruch in ein Sprengkollant. — Wem gehört die Mütze?

Wie nunmehr einmündig feststeht, flammen die bei den beiden Sprengkollanten verwendeten Sprengpatronen und auch die Zündschnüre von einem Einbruch her, der in einer der letzten Nächte in einem Sprengkollant am Veltiner Weg verübt wurde, wo beträchtliche Mengen Sprengstoff untergebracht sind. Es wurde auch eine Rolle Zündschnur in Originalpackung gefahren, die ebenfalls aus dem eroberten Lager stammt. Die Mütze, die von einem der flüchtig gewordenen Leute am Königsplass verloren wurde, wird in den nächsten Tagen auf der Polizeiverwaltung zur Ansicht ausliegen. Gestern wurden bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Verdächtigen konnten aber ihre Nichtschuld nachweisen. Die Polizei, die Tag und Nacht bemüht ist, die Täter zu ermitteln, verfolgt jedoch bereits eine bestimmte Spur.

Es sei bei jeder Gelegenheit nochmals auf die hohe Verleumdung von einer Million Mark hingewiesen, die auf die Verhaftung der Täter, aber auch darauf ausgelegt sind, wenn die gegebenen Hinweise der Polizei eine Handhabe bieten, die Täter oder einen derselben festzunehmen. Es wird dringend gebeten, jede Mitnahme, sei sie auch noch so geringfügig, der Kriminalpolizei, Zimmer 53, unverzüglich mitzuteilen. Der Name der Person, die solche Mitteilungen macht, bleibt unter allen Umständen verschwiegen und die Mitteilungen werden sorgfältig geprüft und vertraulich behandelt.

Die Erregung über die Missetate, die gestern bereits in aller Munde war, schwand auch heute noch nach. An vielen Stellen in der Stadt sieht man Gruppen, die die traurigen Vorgänge erörtern, doch man vernimmt leider nicht nur Stimmen, die diese Taten verurteilen. Der Mob ist verschiedentlich, so beispielsweise heute vormittag auf dem Felde, wieder in der bekannten „Stimmung“, die man stets dann an den Straßen des hochachtet, wenn „etwas los ist“, und die Beamten der Schutzpolizei bilden vielfach Gegenstand von Missgunsten. Beseitigt doch, daß auch in diesen Tagen wieder allerhand Zitate und Meldungen im Umlauf fortgesetzt werden. Nach Auskunft an amtlicher Stelle betraf diese Mitteilung die beiden oben erwähnten Sprengkollanten und die Informationen anderer Beobachter an gleicher Stelle alle im Zusammenhang mit den vorgängigen beiden Verhaftungen und Beobachtungen ersichtbar wiedergeben.

Bei Schluß der Redaktion wird uns noch mitgeteilt, daß bereits von heute ab die Mütze, die einer der Verdächtigen bei der Flucht auf dem Königsplass verlor, in Zimmer Nr. 53 im Polizeihaus ausliegt. Die Polizei hofft darum, daß jeder, der irgendwo zur Sache etwas mitteilen kann, die Mütze anliehen möchte.

Gegen die Abtrennung des Rheinlands.

Protestkundgebung.

Im Stadthausbau sind gestern eine Protestkundgebung der Rheinländervereinigungen Halle (Saale) im Verein mit anderen Landesvereinigungen gegen die Abtrennung der Rheinlande statt. Der 1. Vorsitzende der Rheinländervereinigungen, Herr Baris, begrüßte die Teilnehmer und teilte mit, daß einige Redner, die für den Abend gemeldet waren, nicht kommen konnten. Die Reden des Rheinlandes sei die Reden des gesamten deutschen Volkes. Immer deutlicher werde der Bestrebungen der Rheinländer, und gerade in diesen Tagen erhebe Frankreich neue, ungeheure Forderungen. Diese Forderungen müßten energig abgelehnt werden, der Rhein dürfe niemals Deutschlands Grenze werden. Er sei Deutschlands Stützpunkt.

Hierauf sprach Herr Dmmer, ehemaliger Landtagsabgeordneter des Saargebietes, über die Not des Rheinlandes. Es bedürfe keines großen und ausgedehnten Patriotismus, um zu begreifen, daß einem Lande, das seit Jahrhunderten zu Deutschland gehöre, nicht zugemutet werden könne, sich mit einem Volk wegzulassen zu lassen. Aber schon heute, wo das Land ja noch deutsch ist, müßte es Paradoxiern unter der Beflagung leiden. Redner gibt ein anschauliches Bild der Schicksale der Rheinländer, Männer und Frauen, die in den Tagen der Verweigerung das Land an den Feind verlieren. Das Saargebiet sei ein lieber der Mensch gegen Frankreich gewesen und werde von einem feigen und harten Volk besetzt. Die Rheinländer, die in dem Saargebiet heute Millionen vorzuliegen, daß im Saargebiet 150.000 Franzosen sich nach der Heimat sehnten. Es gebe aber kaum 150 Franzosen im Saargebiet. Das Rheinland wie das Saargebiet seien heute wie immer auf dem Standpunkt, Reußen und dem Reich unerschütterlich die Treue zu halten. Die treffenden, teilweise mit unwichtigen rheinischen Namen vorgetragene Worte des Redners fanden lebhaften Beifall.

Hierauf sprach Herr Prof. Fleißmann über Elsaß. Auch dieses deutsche Land dürfe nicht verlassen werden. Der Drang der Franzosen, sich auch über dem Rhein festzusetzen, habe keine Ursache darin, daß mit allen Mitteln dahin gestrebt wird, den nächsten Krieg auf deutschem Boden anzufachen. Wir sollen mitläufig zusammenschließen werden. Das Saargebiet sei auf 15 Jahre mit all seinen deutschen Reichsbürgern an Frankreich ausgeliefert. Wenn ein Volk 15 Jahre lang fremd beherrscht wird wie das Saarland, dann lei es fraglich, wie eine Volksabstimmung ausfallen werde. Zur Sturmreifmachung des Saargebietes sei schon viel geschehen. Tausende von französischen Beamten und Arbeitern seien dort eingewandert und die Verwischung der deutschen Sprache sei in Gang. Aus den 7000 Mann Besatzung des Verfallenen Vertrages seien 150.000 Mann geworden, und aus den 30 belagerten Orten deren 70. Der Redner betonte die Tätigkeit der Rheinlandkommission und gibt Zahlen über die ungeheuren Kosten, die die Beflagung der Bevölkerung auferlege. Auch er schließt mit dem Hinweis darauf, daß es nicht gebühre werden diese, daß das Rheinland und das Saargebiet französisch werden sollen.

Herr Lange hat aus Reichsland darauf aus eigener Erfahrung das Elend der Bevölkerung einer belagerten Stadt. Jetzt gab es lange Zeit keine Post, keine Zeitungen, nichts aus dem so nahegelegenen Vaterland. Große Magazine seien angelegt worden, mit Wägen, Mägen und anderen Gegenständen vollgeladet, um den Bürgern der Franzosen, deren Ernährung binnen zwei Monaten beenden wird, noch nachkommen zu können. Ledendn Mangel würden die unerschütterlichen Forderungen gestellt, deren Nichterfüllung gefährlich sei. Redner erzählt von der Handelsplage, die sich breit mache, von der unerhörten Überforderung der Bevölkerung, die selbst im Gotteshaus von Kriminalbeamten

Ausbau unserer Sparkasse zur Stadtbank.

Man ist auch die Sparkasse in Gefahr, ein Zahlungsgebiet für die übliche Verwaltung zu werden. Die Sparkasse hat uns alljährlich, mit ganz geringen Abnahmen, wo einmal durch besondere Zeitumstände Ausnahmefälle eintreten, hohe Ueberschüsse gebracht. Die Erträge hätten nicht nur etwas, sondern beträchtliche Aufwände, als wir das Geld zu künftigen Zwecken, für Aufgaben, die im Etat nicht berücksichtigt werden können, verwenden durften. Dem ist der Zeitpunkt gekommen, wo auch bei unserer Sparkasse sich die Einnahmen vermindern. Die Verwaltungskosten liegen ruhig, die Einnahmen können mit den Ausgaben für Gehälter um fast nicht mehr gleichen Schritt halten, denn selbstverständlich ist z. B. die Steigerung des Zinsfußes für Hypotheken sehr bedauerlich. An Ueberschüssen ist gar nicht mehr zu denken, ja es bedarf einer Umsicht.

zogen hat und der sich auch unsere Sparkasse nicht entziehen kann, wenn sie ihren Bestand als kommunales Wohlfahrtsinstitut nicht gefährden will. Nach der bisherigen Satzung war die Sparkasse darauf beschränkt, Spargelder anzunehmen und die ihr überlassenen Gelder im reichlichen Maße in mündelbaren, feierlichenswerten Wertpapieren und in Hypotheken anzulegen. Der beherrschende Richtung des Sparbetriebes, der zum größten Teil in der Entwidlung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der letzten Jahre seine Erklärung findet, hat den Einlagebestand der Sparkasse viel weiter nicht mit der Geldverwertung Schritt halten lassen. Unberücksichtigt sind die Zinsausgaben aus feierlichenswerten Wertpapieren und in Hypotheken anzulegen, unter diesen Umständen ebenfalls nicht mehr erfüllen können, liegt auf der Hand. Die notwendige Folge dieser unzulänglichen Verhältnisse ist, daß die Sparkasse, wenn sie nicht für neue Einnahmefähigkeiten sorgen, mit Sicherheit zu Zufuhrlücken betriebs werden und die schon ohnehin überlasteten Kämmereien mit neueren erheblichen Mehrausgaben belasten. Das ist bei der jetzigen Finanzlage der Gesamtheit unzulässig. Die zuständigen Verwaltungsstellen haben in richtiger Würdigung dieser Lage neuerdings den Sparkassen die Möglichkeit eröffnet, ihren Betrieb auf Geldwäusweise auszubauen, deren Verwaltung ihnen ihre Lebensfähigkeit als weiterer erhalten soll, in der richtigen Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Entwidlung einen gründlichen Fortbestand der Sparkasse gerade im Interesse des Mittelstandes heute mehr denn je gebietet. Der Weg, den die Erlasse der Zentralbehörden den Sparkassen eröffnet, liegt in der Übernahme gewisser fremdbestimmter Gelder, vor allem des Postens und Konjunkturgeschäfts, des Effektengeschäfts und des Kreditgeschäfts, unter gleichzeitiger Wiederabnahme des Sachverwalters. Dabei soll und wird es nicht Aufgabe der Sparkasse sein, eine Tätigkeit zu entwickeln, wie sie im privaten Bankwesen eigen ist. Sie soll vielmehr ergänzend neben ihm treten, indem sie ihre Hilfe auf dem neuen Geldwäusgebiet in erster Linie den Kreisen zuteil macht, denen die privaten Banken erfahrungsgemäß und erklärlicherweise im Interesse der Allgemeinheit zurückzuführen können, das ihr in der Mittelstufe, vor allem das Handwerk, die kleine Industrie und das Kleinvermögen, sowie der „Mann aus dem Volke“, der keine kleinen Ersparnisse anlegen will. Es verlohnt sich von selbst, daß die Sparkasse auch beim Betriebe ihrer neuen Geschäfte stets das oberste Grundgesetz eingetret sein wird, daß sie alle ihre Handlungen der Maßgabe nach zu entwickeln und zu betreiben hat, was sie für das öffentliche Vertrauen als gemeinnütziges, mündelbares Kreditinstitut erhalten will. Das ist der Grundgedanke der Sparkasse, die sich ihrer Gelder. Damit ist die Richtung am besten gekennzeichnet, in der die neue Art der Betätigung der Sparkasse liegen soll, eine Richtung, die bis in die neueste Zeit noch immer den Würzen mit Recht begehrt sein. Die Sparkasse hat sich in den letzten Jahren nicht weniger als in den Jahren, die sie in den letzten Jahren mit ihrem Anlage einem einstimmigen Beschlusse des Sparkassenvorstandes.

Juristische Sprechstunde

Im Interesse unserer Leser haben wir eine Juristische Sprechstunde eingerichtet, in der den Beziehern unseres Blattes durch einen Berufs-Juristen kostenlos Rat und Auskunft in allen Rechts- u. Steuer-Angelegenheiten erteilt wird. Die Sprechstunde findet an jedem Mittwoch, nachmittags von 5 bis 7 Uhr im Verlagshaus: Halle a. S., Große Brauhausstraße 16/17 statt. Anmeldung bei der Hörnerstr. Die Auskunftsberatung erfolgt kostenlos gegen Vorzeigung der Bezugsgebühren-Quittung. Die Auskunftsstelle beantwortet auch alle schriftlichen Anfragen in Rechtsangelegenheiten. Bei brieflichen Anfragen ist das zur Antwort erforderliche Rückporto beizufügen. Brief-Anfragen wollen man richten: An „Saale-Zeitung“/Juristische Auskunftsstelle/ Halle a. S., Große Brauhausstraße 16/17.

Wir bitten unsere Leser, in deren Interesse die Juristische Auskunftsstelle geschaffen wurde, von der neuen Einrichtung recht fleißig Gebrauch zu machen und die Juristische Sprechstunde in allen Rechts- und Steuerfragen in Anspruch nehmen zu wollen.

SAALE-ZEITUNG

lung unserer Sparkasse, um sie vor der Verschlingung zu bewahren, das sei der Stadtbank zur Zeit fällt. Dafür hat sich der Magistrat einen Plan ausgedacht, der unsere Sparkasse zu einer Stadtbank, zu einer Bank für den Mittelstand, den Handwerker und das Kleinvermögen machen soll. Der Grundgedanke unbedingter Sicherheit, der bisher für die Kapitalanlagen der Sparkasse maßgebend war, soll allerdings auch bei der Neuordnung aufrechterhalten bleiben. Ueber die Ermüdungen, von denen sich die Magistrat bei der Umgestaltung leisten läßt, gibt folgende Vorlage eine über die Stadtverordneten Auskunft: Die neue Sparkassenanlage soll auch für die halbfähige Sparkasse eine Entwidlung anbahnen, die sich in den letzten Jahren bei der großen Mehrzahl der deutschen Sparkassen bereits voll-

beispielhaft wurde. Im Rheinland aber geschee heute keine Parteien mehr. Die rheinischen Arbeiter seien heute die an nationalen gesinnten Leute in Deutschland. Es sei zu hoffen, daß die Franzosen bald ohne Weiteres aus dem Lande gejagt werden könnten. — Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen: Viele hundert deutsche Männer und Frauen, darunter eine große Menge Rheinländer, aller Parteien und Stände, am 2. Januar im hallischen Stadthausbau versammelt, lehnen in einmütiger und flammender Entschiedenheit die jedem Rechtsanspruch und jeder Gerechtigkeit widersprechenden Pläne französischer Gemaltpolitiker ab. Wir fühlen uns eins mit unseren rheinischen Volksgenossen und geloben auch in schwerer Stunde Treue zu Land und Reich. Wir erwarten, daß die deutsche Regierung und Volksvertretung mit aller Entschiedenheit und unbeugsam schon Eingriff in die Interessen des Rheinlandes ablehnt.

Ein junges Mädchen verschwunden!

Seit drei Wochen ist die 18 Jahre alte Lucie Bauer aus Halle verschwunden, ohne daß es bisher gelang, den Verbleib des Mädchens zu ermitteln. Die Gemahne lebte in bestem Einvernehmen mit ihrer Mutter, einer Witwe, und suchte die Mutter noch am 11. Dezember, nachmittags um 4 Uhr, in der Großen Brauhausstraße auf, wo die Frau in einem Verlassensbriefe tätig ist. Seitdem hat sich kein Wort mehr von dem jungen Mädchen, die Lucie Bauer ist ein sehr müßiggängiges Mädchen und hatte oft den Wunsch, künstlerisch aufzutreten, verließ aus diesem Grunde auch bereits zweimal die Wohnung ihrer Mutter, um das erlirnal nach Ulfeldorf, das anderemal nach Wittenberge zu fahren, aber in beiden Fällen nach kurzer Zeit wieder heimzukehren. Das junge Mädchen leidet an nervösen Zerrissenheiten, und die Mutter ist um den Verbleib der Tochter beständig besorgt.

Als Opfer der Zeit wurden auf „Leitners Waldhaus“ das bekannte Eisrotte und das Kaspertheater auf Abruch verkauft. Letzteres bildete, wie der bereits abgedruckte Kostentz und das Beidenemum, einen Hauptanziehungspunkt für die Halbeschuler, namentlich für die Saupen.

Die Halle-Hellfelder Bahn hat wieder die Fahrpreise erhöht. So kostete bisher die einfache Fahrt 4. Klasse nach Nietleben 15 M., jetzt 35 M.

Eine Wälscherung von heute. „Herrn Dr. B. . . . 5 Kragen, Doppel. (4 Meide) 1 folg 383 M., 2 Paar Wärmelackstetten 380 M., 1 Oberhemd 260 M., 2 Oberhemden mit Manschetten (unwahrscheinlich) 612 M., 3 Feinleinen 780 M., 2 Wolldecken 480 M., 3 Paar Strümpfe 135 M., 11 Krawatten, 20 Mantel, 3110 M. Betrag dankend erhalten 22. 12. 1922.“

Jubiläumsfeier des Oberbergamtes.

Das Fest des 150jährigen Bestehens des hiesigen Oberbergamtes, welches, wie wir schon berichtet haben, wegen der trübten Wetterhältnisse nur im letzten Rahmen der Behörde gefeiert werden sollte, nahm einen stimmungsvollen Verlauf. Die Beamten und Angestellten versammelten sich am 12. Uhr zu einer feierlichen Sitzung im Sitzungssaal des Oberbergamtes, an dem Bergbaupräsident Cieski die Teilnehmer begrüßte und unter Hinweis auf die Bedeutung des Tages ermahnte, in pflichttreuer Arbeit auszuharren, bis sich unser Volk aus der Not bürgerlicher Lage zu neuem Aufstieg. Sodann gab Bergat Adam von Bergbaudier Magdeburg in der feierlichen einen eingehenden Ueberblick über die Geschichte des Oberbergamtes seit seinem ersten Bestehen am 20. Dezember 1772 in Hettstedt an. Er teilte bis zur Gegenwart, dabei zugleich die Entwidlung des hochbedeutungsvollen Bergbaues in großen Zügen freifend.

Auf Grund der engen Beziehungen hatten es sich die Univerzialität, der Braunkohlenindustrieverein und die Handelskammer nicht nehmen lassen, ihre Vertreter zur Gefeier zu entsenden. So überbrachte Geh. Rat Prof. Dr. von Siegen die Glückwünsche der Univerzialität Halle-Wittenberg und Geh. Rat Prof. Dr. Baillier als Geologe die Wünsche auf ein weiteres erfolgreiches Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Bergedienst zum Nutzen unserer Volkswirtschaft. Für die Handelskammer zu Halle (Saale) und zugleich für die Section IV der Knappheits-Berufsgenossenschaft sprach Bergat G. A. G. und für den Braunkohlenindustrieverein Generaldirektor Dr. Wiatkowski.

Die uns bevorstehende ärmere wirtschaftliche Krisis wird das Oberbergamt vor große Aufgaben stellen. Die Wälscher, die unter Wälscher, die dem Oberbergamt in großer Zahl nur Industrie und Bergbau zugehen, in Erfüllung gehen und seine Tätigkeit bei Lösung der auf uns hereinwälzenden Schwierigkeiten erfolgreich gestalten. Der Abend vereinigte die sämtlichen Beamten des Oberbergamtes an einer gemüthlichen Nachfeier im Stadthausbau.

Hohe Auszeichnung. Gestern abend hatte der Verein der Volkshilfe ein Vermögen im Wälscher Schick, das sich über die vollständige Einnahme hinaus. Als gegen 1.15 Uhr ein Sühnebeamter die Kontrolle des Loses vornahm und zur Sühneausforderung, drückten sich zugleich mit ihm verschiedene Elemente in der Halle. Es kam zu einem Streit, in dem die Sühnebeamten bestärkt und angriffen und dem Sühnebeamten zu einem Streit, der einen für den Beamten bedrohlichen Charakter annahm. Ein Schuss in Zivil, der sich im Hof befand, erlöste einen bedrohlichen Kameraden zu Hilfe. Hierbei erhielt er einen Schuss in den linken Oberarm. Er wurde auf der roten Turmwaude verbunden und ins Krankenhaus geschafft. Leider gelang es nicht, das Glied zu retten zu werden.

